

Er scheint täglich
nachmittags 4 Uhr mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatl. 50 Pf., vierteljährl. 1.50 M.
prämienlos bei freier Zustellung.
Durch die Post bezogen 1.65 M.
Postzustellungsliste 8256a, Nachtrag VII.

Volkshblatt

für Halle und den Saalkreis.

Organ zur Wahrung der Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Bölsbergasse.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halleaale.

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gepaltene
Zeilen ober deren Raum 15 Pf.,
für Vereins- und Veranlassungs-
anzeigen 10 Pf.

Insertate für die fällige Nummer
müssen spätestens bis vormittags
1/10 Uhr in der Expedition
aufgegeben sein.

Nr 108.

Halle a. S., Dienstag den 12. Mai 1891.

2. Jahrg.

Die Arbeiterpresse.

In letzter Zeit haben sich einige Bruderorgane mit der Arbeiterpresse in ausführl. Leitartikeln beschäftigt. Es dreht sich in denselben hauptsächlich entweder um die Pflichten der Arbeiter gegen ihre Presse oder wieder um die Aufgabe der Presse ihren Lesern, ihren Freunden und Feinden gegenüber. Gleichen wir beim zweiten Punkte stehen, so bestimmt die Aufgabe der Arbeiterpresse E. Dachs in München mit den Worten: „Die Aufgabe der Arbeiterpresse besteht vor allem darin, klärend, erziehend und für die Arbeiterklasse fördernd zu wirken. Deshalb soll in gewissenhafter Weise Beobachtet genommen werden, die Spalten einer Arbeiterzeitung mit solchen Federergüssen auszufüllen, welche dem Zweck derselben dienen.“ Ramentlich was den Kampf und die Kampfweise der Presse betrifft, so muß darauf gesehen werden, jede persönliche Gefühlsregung, jeden groben Ausfall fernzuhalten. „Bevor die Hand dazu geboten wird, irgend jemand in öffentlichem Ansehen zu schädigen, soll man sich genau informieren, ob die angeführten Thatfachen der Wahrheit voll und ganz entsprechen. Der Arbeiterpresse wird ein schlechter Dienst erwiesen, wenn durch ihre Presse Haß und Zwietracht gesät wird zwischen den leidenden Personen in der Industrie und den Arbeitern.“

Diesen Worten pflichten wir vollkommen bei. Wir kämpfen gegen die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung mit aller Macht, aber wir machen nicht die einzelnen Vertreter des Systems für dasselbe verantwortlich. Wir wissen ganz genau, daß ein Fabrikant nicht aus seiner Haut fahren kann, daß er von der Konkurrenz mitgerissen wird, daß er sich dann, um auf der Höhe seines Gewinns zu bleiben, zu Mitteln verleiten läßt, die Arbeiterschaft weiter auszubeuten und den Arbeiterstand noch mehr zu erniedrigen.

Wir finden dies so natürlich wie die Zugehörigkeit jedes Arbeiters zu unserer Partei. Selbstverständlich ist dadurch nicht ausgeschlossen, daß wir offen und frei und mit der nötigen Würde einzelne, besonders marante Vorgänge besprechen und beleuchten und manche Typen für eine Klasse aufstellen, wie zum Beispiel Herrn von Stumm, der kürzlich zum Major avanciert ist, als Vertreter des Fabrikantentums.

Die Art und Weise unseres Kampfes aber soll sich vor der verleumderischen, lächerlichen Methode unserer Gegner unterscheiden. Uns überhäufte man mit Anklagen der gemeinsten, verwerflichsten Art, vom Landesverräter herab bis zum elendesten Lumpenhund. Ja,

man benützt sich nicht beim Schimpfen, man geht zu Thätlichkeiten über, man schreit nach dem Gericht und das Gericht schreit ein.

Die Arbeiter und ihre Presse aber werden sich immer bewußt sein, daß sie nicht nur sich selbst zum Rechte versehen wollen, sondern daß sie im Dienste der Kultur der ganzen Menschheit dienen und daß sie daher auch wahre Menschlichkeit üben wollen.

Wir haben nur als Waffe das Wort, und das Wort, nicht die Waffe, war seit es Menschen giebt, der mächtigste Hebel zum Fortschritt der Kultur. Auch bei uns hat das Wort schon die Massen gewonnen und gewinnt es von Tag zu Tag immer mehr.

Diese Erkenntnis muß aber auch in dem zielbewußten Arbeiter Pflichten gegen die Presse wachrufen. Jede Zeitung vertritt die Interessen seiner Leser. Das ist eine Thatsache, die trotz der vielen Phrasen von selten liberaler Blätter „Volkshblätter“ zu sein, so sehr in die Augen fallend ist und jeden Tag erwiesen wird, daß wir es nicht erst des längeren zu erörtern brauchen. Die arbeitende Bevölkerung wird nur durch ihre eigene Presse vertreten und dieses Bewußtsein muß in den Arbeitern die Pflicht hervorrufen, die eigene Presse nach Kräften zu unterstützen. Ueber diese Pflicht hat ein anderes Parteiblatt vor kurzem sich näher geäußert:

„Lauende haben dieselbe bereits eingesehen und bei ihnen ist die Arbeiterpresse ein Lebensbedürfnis geworden, denn zuliebe sie gen auf manches andere verzichten, aber das genügt nicht. Es ist notwendig, daß die Arbeiterpresse in jedem Hause Eingang finde, in welchem Menschen leben, die unter den heutigen Verhältnissen unruhig leiden, darben und sorgen, daß sie aus ihr Belehrung schöpfen über die Ursachen ihrer Menschenlage und sich betannt machen mit den Mitteln und Wegen, die zu besseren und glücklicheren Zuständen führen.“

Je verbreiteter diese Presse wird, je wirksamer wird sie als Waffe zur Vertretung des Rechts gegenüber den Sonderinteressen einer bevorzugten Minderheit, je gründlicher kann sie die Mächte der Finsternis, des egoismus und der Lüge in ihre Schlupfwinkel zurücktreiben und der Wahrheit zu ihrem Rechte verhelfen, der Wahrheit, die die Vorbedingung zu allen Reformen ist.

Und daher genügt es nicht, daß der aufgeklärte Leser der Presse es als seine Pflicht ansieht, sie bei sich selbst aufzunehmen, er muß bedenken, daß sie seinen Zwecken und Wünschen je mehr zu entsprechen in die

Lage kommt, als er seinerseits bemüht ist, ihr auch da Eingang zu verschaffen, wo sie bis jetzt aus Sorglosigkeit, Gleichgültigkeit, Vorurteil oder Unkenntnis ignoriert wurde.

Erfüllen die Arbeiter ihre Pflicht gegen ihre eigene Presse nicht, so ist die notwendige Folge, daß auch die Presse ihre Aufgabe nicht lösen kann.

Ohne die Presse aber ist die Arbeiterklasse ein Wesen ohne Sprache.

„Das Nichtvorhandensein einer starken Presse, vor welcher die Gegner Achtung und diejenige Furcht haben, welche sie abhäßt, Thatsachen zu leugnen und zu entstellen, Verdächtigungen und Verleumdungen zu verbreiten und Recht in Unrecht zu verkehren — ist vor allem schuld, daß die Arbeiter mit ihren gerechtesten Forderungen so schwer durchdringen, daß sie um ihre klaren Rechte so mühselig kämpfen.“

Und doch ist in jeder Stadt und auf dem Lande die Arbeiterklasse der größere Teil der Bevölkerung! Nun alles bedarf seiner Entfaltung. — Auch unsere Presse wird erstarren, falls sowohl Leser als die Presse selbst ihre Pflicht thun: diese Hoffnung wird die Erfahrung bestätigen.

Politische Neberricht.

Deutsches Reich.

— Die Reichstagsession ist am Sonnabend den 9. Mai bis zum 10. November vertagt worden.

— Dem Reichstag ist zum Schluß noch ein Gesetzentwurf betreffend die Unterflügelung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften zugegangen. Danach soll die Ehefrau täglich 20 bis 30 Pfennige, die sonst unterstützungsberechtigten Personen 10 Pfennige erhalten.

— Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat die Wahl des Abgeordneten Müllers beanstandet. Nach dem jetzt erschienenen Bericht wird beantragt, Beweis zu erheben auf Grund eines Protestes der Zentrumspartei über Zurückweisung von Wählern in Königsseele, über Behinderung der Zettelverteilung durch die Polizei in verschiedenen Orten und über Beinträchtigung des Wahlrechtes durch Angestellte der Lezde „Colonia“ in Langendree.

— Mit 231 gegen 80 Stimmen ist im Abgeordnetenhause der frühere Beschluß aufrecht erhalten worden, wonach im neuen Einkommensteuergesetz für die Einkommen über 30 000 Mark ein Steuerfuß von mehr als 3 Proz. eingeführt wird, der bei 100 000 Mark Ein-

66] Sand und King.

Roman von Anna Katharina Green.

[Nachdruck verboten.]

„So wollen Sie Crail Manfell in der höchsten Gefahr im Stiche lassen?“

„Er hat mich im Stiche gelassen.“ Diese Entgegnung war so wahrheitsgemäß, daß Miß Dare den Kopf senkte. Drcutt fuhr trocken fort: „Ich habe keine Ahnung von dem, was sich morgen im Gerichtssaale zutragen wird. Vielleicht wird der Distriktsanwalt sich, in Berücksichtigung der gegen Sie geübten Täuschung, zurückziehen; vielleicht auch werden die Geschworenen, von dessen Großmuth gerührt, Manfell freisprechen. In diesem Falle werde ich nichts dagegen thun, mehr aber dürfen Sie nicht von mir verlangen. Ich kann nicht plabieren für den Geliebten des Riddings, das Schande über mich gebracht hat.“

„Wenn Sie ihn nicht für schuldig hielten, würden Sie ihn nicht seinem Geschiede überlassen!“ stöhnte Imogene. Der Advokat betrachtete sie mit einem Mitleid, in dem sich Hohn und Mitleid spiegelte. Sie sprach weiter: „Wenn Sie gleich mir auch nur vorübergehend Zweifel an seiner Schuld empfunden hätten, würden Sie einem so Bebrängten Ihre Hülfspflicht als Verteidiger nicht verlagern.“

„Sie hegen also nur vorübergehende Zweifel an seiner Schuld?“ fragte Drcutt, und nun bligte nur Hohn aus seinen Augen. Da sie zusammenfuhr, be-

merkte er weiter: „Wie subjektiv doch die Frauen in ihrer Moral sind! Sie lieben diesen Mann unentwegt, obwohl Sie ihn für einen Verbrecher halten, und ein anderer, der dieselbe Frevelthat begangen, würde vergeblich auch nur an Ihr Mitleid appellieren!“

„Mr. Drcutt, halten Sie Manfell für schuldig?“

„Stich Imogene hervor.“

„Habe ich keine Sache so geführt, als hielte ich ihn für schuldig?“ gegenfragte er spöttlich.

„Nein, nein, aber als sein Verteidiger dürften Sie im anderen Falle Ihre Gedanken nicht verraten. Wenn Sie ihn aber — und Imogene legte ihre Hand auf Drcutts Arm — im Inneren Ihres Herzens aus irgend welcher geringfügigen Grunde für schuldig hielten — und wenn Sie es auch nach meiner Mittheilung über seine Flucht nicht mehr thun — so, um der Barmherzigkeit willen, sagen Sie es mir.“

„Ich habe Mr. Manfell niemals für schuldig gehalten,“ entgegnete der Befragte kalt.

„Niemals?“

„Niemals.“

„Auch jetzt halten Sie ihn nicht für schuldig?“

„Auch jetzt nicht.“

„Und doch wissen Sie nun alles, das ich weiß,“ flammelte Imogene, unfähig, seinen Worten zu glauben.

„Ich weiß, daß er das Haus seiner Tante während oder nach dem Attentate auf dieselbe besuchte, allein beweist dies, daß er sie ermordet habe?“

„Nein — nein. Aber warum stoh er nach Buffalo, statt die Unterredung mit mir abzuwarten?“

„Soll ich es Ihnen sagen?“

„Ja, ja, sagen Sie es mir! Erklären Sie...“

„Mr. Manfell glaubt an jedes Wort aus Frauenmunde,“ erwiderte Drcutt scharf betonend. „Er kennt Sie, Imogene Dare, so wohl und glaubte es Ihnen heute aufs Wort, als Sie sich vor Gericht eine Mörderin nannten.“

„Sagen Sie das noch einmal! Noch einmal. Er glaubt mich...“

„Er glaubt Sie die Mörderin, die zu sein Sie sich heute anklagen, und hatte dies, ich weiß nicht weshalb, schon die ganze Zeit über geglaubt. So, Miß Dare, ehrt Sie der Mann, dem Sie alles geopfert.“

„Ich — ich kann's nicht glauben. Sie spotten meiner!“ stammelte Imogene.

„Ihrer spotten? Ei, er hat doch seine Empfindung so deutlich zur Schau getragen, daß ich oft davon zitterte, der Gerichtshof würde es wahrnehmen.“

„Sie haben geäußert, der Gerichtshof könne wahrnehmen, daß er mich für schuldig halte?“

„So ist's.“

„Dann — aber ich kann's nicht glauben! Schänden Sie mir, daß Crail Manfell mich für schuldig hielt, schwören Sie, oder...“

„Was oder?“

„Oder ich trete mit dieser Frage an ihn selbst heran. Ich muß es wissen.“

komme n die Höhe von 4 Proz. erreicht. Diese Erhöhung um 1, ja nicht einmal 1 Proz. des Steuerfuges bei großen Einkommen ist auch nicht im entferntesten eine Durchführung des progressiven Steuersystems, wie wir es billigen könnten. Was will bei 100000 Mk. 4 Proz. Steuer jährlich heißen!

Der Ausstand der Bergarbeiter des Ruhrkohlengebietes ist nun auch seitens der am 26. April in Bochum gewählten Lokalkommission für beendet erklärt worden. Die Lokalkommission stellt die Behauptung auf, daß der Ausstand lediglich durch die verwerflichen Machinationen der Ultramontanen heraufbeschworen worden sei und diesen auch das Wichtigsten des Ausstandes zur Last gelegt werden muß.

Die gemeldete polizeiliche Hausdurchsuchung in Magdeburg am 3. Mai hat zur Schließung von sechs Arbeitervereinen geführt. Die in Frage kommende Bestimmung des Vereinsgesetzes, schreibt die „Frei. Ztg.“, ist einer sehr verschiedenen Auslegung fähig. Die landwirtschaftlichen Vereine stehen samt und sonders mit einander in Verbindung und treiben munter Agrikulturpolitik, ohne irgendwo von der Polizei befehligt zu werden. Ebenso aber doch auch die Fabrikantenverbände!

Was es mit der sogenannten Rechtsfrage hinsichtlich des „Kontraktbruchs“ des Arbeiters, der am 1. Mai feiert, auf sich hat, das erhellt recht drastisch aus einem Beschluß der Fabrikanten Brünns. Der „Neuen Freien Presse“ wurde darüber telegraphiert: Brunn, 21. April. Die Mehrzahl der hiesigen Textil-Industriellen hat sich dahin geeinigt, dem Ansuchen der Arbeiter um Freigebung des 1. Mai zu entsprechen, jedoch im Hinblick darauf, daß der folgende Tag ein Samstag ist, auch an diesem Tage die Arbeit ruhig zu lassen und sie erst am Montag wieder aufzunehmen, da es unzulässig ist, wegen eines Tages den ganzen Betrieb zu eröffnen. Dieser Vorgang wird auch sonst eingehalten, wenn ein Sonn- und ein Feiertag nur durch einen dazwischenliegenden Werktag getrennt sind.

Nun spreche noch einer vom „Kontraktbruch der Arbeiter“! Die Brünner Fabrikanten erzählen ja gar ruhig, daß Kontraktbruch gleicher Art bei ihnen etwas Gewöhnliches war. Was für die österreichischen Fabrikanten gilt, ist auch für die deutschen nicht ausgeschlossen. Wie oft müssen die Arbeiter auf ihre Kosten feiern, wenn der Kessel gereinigt oder Inventur vorgenommen wird. D anach trägt natürlich kein Faßn.

Kriegervereine treiben keine Politik. Das Präsidium des bayerischen Veteranen-, Krieger- und Kampfgenosse-Bundes hat in seiner letzten Sitzung den Militärverein Birmasens aus dem Bunde ausgeschlossen, weil der Beweis erbracht sei, daß Mitglieder des letzteren der Sozialdemokratie angehören.

Wie verächtlich gegenverhielt sich gegen uns gekämpft wird, das zeigt ein Artikel der hier auch in Arbeiterkreisen verbreiteten „Hallischen Zeitung“. Diefelbe beurteilt die Stellung des „Vorwärts“ zu den italienischen Unruhen und führt wörtlich folgendes aus:

Wenn hauptsächlich zwischen Anarchisten und Sozialdemokraten, wie die deutsche Umhurzpartei zu behaupten nicht müde wird, kein innerer Zusammenhang bestände, so würde es doch in der Natur der Dinge liegen, daß der „Vorwärts“ diesen anarchischen Furcht nachrichtsmäßig darstellte und das nicht-würdige Benehmen verurteilte. Daß dies nicht geschieht, beweist aufs neue die Solidarität der internationalen Sozialdemokratie mit allen übrigen Revolutionären, mögen diese einen Namen führen, welchen sie wollen. Die „Genossen“ sollen allmählich für das letzte Ziel — für die Sozialrevolution — reif gemacht werden, und wie ihnen bereits die „Vorwärts“ des Jahres 1848 und der Pariser Kommune von 1871 gelangt sind, so sollen sie blutige Zusammenstöße überaupt als unerhebliche Dinge betrachten und sich so an den Pulvergeruch gewöhnen. Dazu ist es vor allem auch nötig, daß die Unruhstifter und Revolutionäre aller Länder als unschuldige Leute, deren heißes Blut durch die provokationen der Polizei oder der „Bourgeois“ zum

Kochen gebracht ist, borgehelt werden. Diese Taktik der „besonnenen“ Führer der deutschen Sozialdemokratie erregt denn auch die Bewunderung der ausländischen „besonnenen“ Gesinnungsgenossen, und daher ist der Rat, den die radikale römische Zeitung „La Capitale“ der italienischen Sozialistenpartei, ehe sie die Revolution beginnt, bei der deutschen Sozialdemokratie in die Schuhe zu legen, sehr begründet. Damit vergleiche man, was der „Vorwärts“ wirklich sagt und ziehe die Moral für die „Hall. Ztg.“ daraus.

Das einzige Land, in welchem die Kaiserer den direkten Anlaß zu Ausschreitungen geliefert hat, ist Italien, dessen Regierung sich in Bezug auf die soziale Frage durch besondere Unerschlichkeit auszeichnet und durch zögerliches Herantretendes Wesen den Wangel an innerer Kraft zu verdeutlichen sucht. In verschiedenen Städten Italiens, hauptsächlich in Rom, wurden für den 1. Mai Vorbereitungen getroffen, die einen gewalttätigen Zusammenstoß mit den Arbeitern herbeiführen mußten — und auch herbeiführen haben.

Die Empörung über das Verhalten der Regierung ist in Italien so allgemein, daß dieselbe unfehlbar geführt werden würde, wenn die Kammermajorität nicht hätte befehlen müssen, daß in diesem Fall der „italienische Bismarck“: der torpide Radaupolitiker Crispi, an die Spitze der Regierung zurückzuführen würde.

Was hierher scheint der Artikelschreiber gelesen zu haben und seine ganze trübe Anlage wird einfüllig durch die nächsten, die allernächsten Worte des „Vorwärts“:

Freilich — wäre die italienische Sozialdemokratie geschult, wie die deutsche es ist, so würde auch trotz der Provokationen des Herrn Ricotera — die Ruhe nicht gestört worden sein; und das gleiche gilt von den Brannalen und Zusammenstößen in anderen Ländern, wo die Sozialdemokratie organisiert ist, hat die Kaiserer einen ruhigen Verlauf genommen. Das ist eine Lehre, die unsere Freunde beherzigen sollten, jedoch nicht beherzigen werden.

Das heißt die „Hall. Ztg.“, die Genossen für das letzte Ziel, für die Sozialrevolution — reif machen! Hui, wenn ein Blatt, das ansüßig sein will, so grundlos und lügenhaft gegen Anbergsinnete hegt! Ich wünschte nur, daß die Arbeiter an diesem Beispiel wieder lernten, wie die Gegner mit der Wahrheit umspringen.

Frankreich.

Die französische Regierung hat die Anträge, nach welchen die bei den Unruhen in Formies beteiligten und verhafteten Personen straflos bleiben sollten, abgelehnt und die Kammer hat ihr beigepflichtet. Dagegen hat der Munizipalrat von Paris sich für eine Amnestie ausgesprochen und dem Polizeipräsidenten ein Todesvotum erteilt. Für die Hinterbliebenen der Opfer von Formies wurden 10000 Francs bewilligt und in einer Resolution verlangt, die Hinterbliebenen und deren Angehörigen aus der Staatskasse laufend zu unterstützen.

Belgien.

Die belgische Streibewegung ist nach telegraphischen Mitteilungen in den letzten Tagen noch lebhafter geworden. Außer den Bergarbeitern haben auch die Arbeiter anderer Industriezweige in größerer Anzahl die Arbeit niedergelegt. So sind die Arbeiter sämtlicher Phosphatwerke in der Umgegend von Lüttich ausständig geworden. In Antwerpen hat eine Versammlung von Bergarbeitern beschloffen, die Dockarbeiter aufzufordern, auswärtige Kohlen nicht zu laden. Bezüglich des Bergarbeiterstreiks wird offiziell aus Brüssel gemeldet, daß die Mehrzahl der Bergarbeiter bereit sei, die Arbeit wieder aufzunehmen, daß sie aber durch Agitatoren eingeschüchert werde, von denen eine größere Zahl aus dem Auslande nach Belgien gekommen sei. Man sei jetzt bemüht, dieser Aufwiegler habhaft zu werden. — Inzwischen ist es leider am Mittwoch und Donnerstag zu weiteren Ausschreitungen gekommen. Nach einer Meldung aus Waal-Genève hatten gegen 50 Streikende zwei Gendarmen,

welche die Kohlengrube „Fond Biquet“ bewachten, mit Steinwürfen angegriffen. Die Gendarmen machten darauf von der Feuerwaffe Gebrauch, wovon zwei Angreifer verwundet wurden. Mit Hilfe eingetroffener Verhaftungen gelang es den Gendarmen, die Angreifer zu zerstreuen. In dem Gehölz von Esneux legten die Ausständigen Feuer an, wodurch ein Teil des Gehölzes zerstört wurde. In einem kleinen Gehölz bei Lüttich wurden zwei mit Lunten versehene Bomben aufgefunden. — Die Behörden treffen fortgesetzt Maßregeln, um Ausschreitungen zu verhindern bezw. zeitig unterbrücken zu können. Der Kriegsminister hat zwei Klassen der Miliz, welche mit unbefristetem Urlaub entlassen waren, einberufen. Drei Bataillone Karabiniers sind nach der Region des Zentrums abgegangen. — Die Kohlenwerte von Pas de Calais haben den belgischen Industriellen, falls sie Kohlenmangel leiden sollten, Kohlen angeboten.

Die Nachrichten aus Belgien lauten von Tag zu Tag bedenklicher. Zum Verständnis der Nachrichten von dort sei folgendes bemerkt: Belgien, etwa so groß wie die Provinz Sachsen, hat 4 große Steinkohlengebiete (Wassins), genannt nach den Provinzen, in welchen sie liegen. Es sind die Gebiete von Lüttich, Luxemburg, Namur (spr. Namür) und Hennegau. Diese Provinzen bilden den südlichen Teil Belgiens und liegen alle südlich von der Hauptstadt Brüssel. Lüttich und Luxemburg grenzen nach Westen gegen Deutschland, Namur und Hennegau gegen Süden nach Frankreich. Im ganzen sind 149 Gruben im Betrieb mit etwa 200000 Arbeitern. Die Hauptforderung der Arbeiter ist nun schon lange das allgemeine Wahlrecht, mittelst dessen sie dann ihre anderen Rechte leichter erlangen können. Seit 1830 hat Belgien eine konstitutionelle Verfassung, jedoch ohne allgemeines Wahlrecht, so daß die Besitzenden eben im öffentlichen Leben maßgebend sind. Schon im Jahre 1886 kam es in Hennegau und in Lüttich zu größeren Arbeiterunruhen, die laut oder weniger vernehmlich bis jetzt andauern, wo ein Niesenstreik, der allerdings nicht direkt aus der erwählten Ursache entstanden ist, die Forderungen der Arbeiter, vornehmlich das allgemeine Wahlrecht erreichen soll. Bei einer Bevölkerung von 6 Millionen Seelen etwa 1/5 aller Einwohner. Da nun diesmal noch eine ganze Anzahl anderer Berufskreise sich mit den Bergarbeitern solidarisch erklärt, so dürfte der Ausstand einen seltenen Umfang annehmen. Nach den Urteilen der Zeitungen zu schließen, ist die Sympathie für die Bewegung beim in- und ausländischen Publikum groß. Statt daß aber die belgische Regierung endlich einmal ihr Versprechen erfüllte, die Verfassung revidierte und das allgemeine Wahlrecht dem Arbeiter nicht länger vorenthielte, statt dessen verläßt sie sich immer noch aufs — Militär. Mit den Bergarbeitern streiten vom 8. Mai ab die Maschinenbauer der Brüsseler Vorstadt Molenbeek. Ueberdies wird der wachsende Kohlenmangel die Schließung zahlreicher Werkstätten herbeiführen. Nach einer Meldung aus Waal-Genève hatten am 6. Mai gegen 50 Ausständige zwei Gendarmen, welche die Kohlengrube „Fond Biquet“ bewachten, mit Steinwürfen angegriffen. Die Gendarmen verwundeten zwei der Angreifer. Der Kriegsminister hat zwei Klassen der Miliz einberufen. Ueberall findet militärische Bewachung statt.

Lüttich, 8. Mai. Die Arbeiter des ganzen Phosphatwerkdistrikts streiken. Antwerpen, 8. Mai. Die Dockarbeiter werden vom Arbeiterverband aufgeführt, keine ausländischen Kohlen mehr auszuladen. Der Streik in Belgien kann eben nur gelingen, wenn keine Kohlen eingeführt werden.

„Ich habe es Ihnen gesagt, mein Schmar könnte nichts hinzutun.“
„O Gott, mein Gott, hilf mir dieses Glück ertragen.“
„Dieses Glück?“
„Ja, Glück! Denn wenn er mich für schuldig hält, muß ja er schuldlos sein. O um diesen Preis will ich gern gemieden, ausgestoßen sein!“
„Zmogene, wollen Sie mich zum Wahnsinne treiben?“
„So bist Du denn unschuldig, Crail!“ rief sie, ohne auf Drcut zu achten. Waren wir Beide denn nur die Opfer eines furchtbaren Irrtums? D so ist das Leben also noch nicht zu Ende. Und mit aufwallender Hoffnung fuhr sie zu dem Advokaten gelaufen fort: „Da er schuldig ist, kann er getretet werden. Ja, er muß es werden, denn auf dem Schulbigen laßt sich der Blick, die Hand Gottes, der ein furchtbares Verbrechen nicht verborgen lassen kann.“
„So dachten Sie nicht, als Sie heute morgens einen Meineid leisteten.“
„Witunter nimmt der Himmel in Gnaden ein Opfer an. Wer aber kann auf seine Gnade hoffen, wenn er einen Schuldlosen in der Gefahr beläßt, seine Schuld zu büßen?“
„Wer?“ kam es gepfeifig von Drcut's Lippen.
„Wenn ein Fremder es getan, dann möge der Fluch sich erfüllen, den die Witwe sterbend gesprochen, dann.“
Mr. Drcut's Hand legte sich auf Zmogene's Sinnen.

Er stüßerte: „Still! Fluchen nicht Sie. Der Schulbige kann auch ohne Ihren Fluch zu grunde gehen.“
Zmogene fuhr schreckhaft zurück, und mit weitgeöffneten Augen blickte sie: „Wenn nicht Crail Mansell, wer denn hat den Mord vollbracht?“
„War es der Ton, in dem Sie sprach, was es ihr Blick, der Drcut erblinnete ließ? Er wendete sich zu seinen Schritten und darin blättern, erwiderte er: „Ich habe stets Gouverneur Hildreth für den Urheber des Verbrechens gehalten.“
„Gouverneur Hildreth?“ Mr. Drcut nickte, und Zmogene fuhr fort: „Ich vermag nicht wie Sie in den Menschenherzen zu lesen, aber es ist mir, als sei Mr. Hildreth sicher schuldig. Der wirkliche Mörder.“
Zmogene beendete den Satz mit einem Aufschrei. Die Lampe, die der Advokat eben zur Seite schrieben wollte, war plötzlich verloschen. Im Scheine der Kaminung erschien ihr Drcut's Gesicht verzerrt, gepfeifig, unwillkürlich stieß sie nach der Thür, durch diese ins Freie.
Wird war Sidney über die Einbegung des Vorgartens nicht gefolgt; er hatte unter dem riesigen alten Baume, der an dessen Eingange Wache hielt, Stellung genommen. Der mächtige Stamm erstreckte, als er sich an ihn lehnte. Lange blickte er sinnend auf die nun entlaubten knorrigen Äste über seinem Haupte hinauf. Zwar hatte er die Lebenslust, die in ihm für Zmogene erwacht gewesen, strenglich niedergelämpft, doch empfand er immer noch warmen Anteil an dem schönen, hoch-

sinnigen Mädchen und daher große Bangigkeit bezüglich seines Geschicks.
„Ziemlich lange schon stand er so sinnend, als Sidney an ihn heranschlich und ihm zusüßerte: „Ich kann nichts sehen und nichts hören! Offenbar ist sie noch mit Mr. Drcut im Bibliothekzimmer, aber ich hab keine Ahnung, was drin vorgeht.“ Raum hatte er diese Worte gesprochen, als von der Hinterseite des Hauses her Schritte hörbar wurden und Miß Dares Gestalt herbeieilend sichtbar wurde. Rasch glitten die Detektiven an die andere Seite des Baumstammes, in den Schatten, denn der Mond schien nun hell. In seinem Lichte sahen sie Zmogene's bleiches Antlitz mit dem Gepräge von Schreck und Angst in jedem Zuge. So häufig kam sie herbei, als fliehe sie. Die beiden Männer hielten den Atem an, allein noch ehe Zmogene den Baum erreicht hatte, ließ sie des ihr nacheilenden Drcut's befehlende Stimme inhalten.
„Ich kann Sie so nicht scheiden lassen!“ rief er, neben sie und knapp unter den Baum tretend. „Wenn Sie befehlen, daß Mansell getretet werde, soll es geschehen, ich will alles thun, was Sie wollen.“
„Es sollte meines Wunschmeinerseits bedürfen, Sie für die Rettung eines Mannes einschreiten zu lassen, den Sie für schuldlos halten,“ lautete kalt die Erwiderung.
(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Halle, 11. Mai.

Die deutsche Reichspartei für Halle und den Saalkreis hielt, laut „Halle“, am 5. Mai in Riemberg eine besuchte, Berührungswahl zur Bildung einer großen allgemeinen Ordnungspartei zur Bekämpfung — nun, der Sozialdemokratie ab. Der Vorsitz führte Herr Bürgerdirektor Reuter. Nach der „Halle“ wurde etwa folgendes ausgeführt: Jedermann weiß, welche unendlich Gefahren unserem Staate, unserer Monarchie und unserer Religion von Seiten der Sozialdemokratie drohen. Am besten abzuwehren, bedarf es des festen Zusammenstehens sämtlicher staatsverehelichten Parteien, von den Deutsch-Konservativen bis zum linken Freisinn. Und dieser Zusammensteh, welcher natürlich nur durch die Preisgabe aller feindlichen Parteinteressen zu erreichen ist, ist gerade jetzt sehr gut möglich. Denn die großen Gegensätze der Fraktionen sind gegenseitig zum weitaus bedeutendsten Teile ausgeglichen; auch der Freisinn hat seinen Grund mehr, sich von den Konservativen und Nationalliberalen fern zu halten. Denn die persönliche Freiheit, die bei uns größer ist, wie z. B. in republikanischen Frankreich, ist garantiert; auch über Preisgaben und Schenken denkt man ruhiger, wo es geht, nicht durch den Handelvertrag mit Deutschland der Weg zur Ermöglichung der Hölle gebahnt ist. Die Streitigkeiten der Fraktionen haben überdies den Sozialdemokraten genötigt sich und dem Ultramontanismus, diesem Vorkämpfer geistlicher Anarchie, die Majorität im Reichstage verlor. Darum ist gerade jetzt eine günstige Zeit zu einer Versöhnung des Freisinn mit den Konservativen und Nationalliberalen. Nur wenn eine Einigkeit zwischen diesen Parteien erzielt ist, können wir hier im Saalkreise mit Erfolg der Sozialdemokratie entgegenzutreten, die verführten Arbeiter aus den Händen der Verfälscher reißen und nach unserem Ziele dazu mitwirken an einem feindlichen, gegenwärtigen Wahn und Unwissenheit. In etwa vier Wochen wird die Organisation der neuen Partei erfolgen; es wird dann eine Generalversammlung angesetzt, über Namen, Statuten u. s. zu beraten werden. Es ist an dieser Berührungswahl zweierlei interessant für uns, einmal das Beginnen, alle Parteien unter einem Hut zu vereinen, zweites der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Es ist dies eine ganz notwendige Entwicklung des Parteiwesens und schon lange von uns erkannt. Der wirtschaftliche und eben darum auch politische Gegensatz zwischen uns und allen anderen Parteien muß zum Ausdruck kommen, früher oder später; das hat auch kürzlich erst Bismarck betont und offen ausgesprochen, daß die wirtschaftlichen Interessen heutzutage für den Charakter der Partei maßgebend sind. Da der Gegensatz der Arbeiter zu allen anderen Gesellschaftsklassen aber der gleiche ist, so gehören selbst diese als jene zu einer Partei und es ist nur natürlich, wenn vielleicht auch noch etwas verstreut, daß alle Parteien sich gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen. Sobald aber fällt es auf, mit welcher Unversöhnlichkeit alle Schuld nur auf uns Sozialdemokraten geboten wird. Das ist eine staatliche Verleumdung des Sachverhalts. Die Reichspartei möge die Worte des Herrern Redner beherzigen, der gewiß kein Freund unserer Sache ist, aber doch offen und ehrlich die Schuld des heutigen Klassenhaßes nicht einseitig auf uns schiebt! „Nun ist genöthigt, sagt er, die heutigen Uebelstände, als eine notwendige Folge der durch den Maschinenbetrieb geschaffenen Erwerbsverhältnisse anzusehen. Aber diese Auffassung ist eigentlich nicht richtig. Der Arbeiter trägt und die in den Dienst der Arbeiter eingeschalteten Naturkräfte sind es, welche die heutigen Uebelstände nicht nur schaffen, sondern auch auf, welchem Zwecke sie nutzbar gemacht werden. Nicht der moderne Wirtschaftsbetrieb u. s. sich, sondern der tiefsie, gewinnjüngliche Geist, der ihn beherrscht, ist die Wurzel des Unheils.“ Nun wer ist gewinnjünglicher, der Proletarier oder das nationale-liberale Unternehmertum? Darum dürften die Herren, die jetzt in den Kampf gegen uns ziehen, wohl auch ein wenig den alten Spruch beherzigen: Rech am ersten den Wollen aus Deinem Auge, danach besehe, wie Du den Splitter aus Deines Bruders Auge ziehst! Uebrigens freuen wir uns auf den bevorstehenden geistigen Kampf und werden mit einem ehrlichen, offenen Gegner gerne freiten.

Die Gefahren der großen Ueberfluthung mit Wasser, welche mehr als 2 Meter erreicht sind, sowie mit solchen Wagen u. i. w., welche Langholz, Rüttelholz und Baumrinde geladen haben, ist seit dem 5. Mai verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Strafe geahndet.

8. Zeit Montag, 11. Mai geht die Martinsgasse nicht mehr zum 5., sondern zum 2. Polizei-Revier in der Wälschstraße; die Häuser Wühlgraben 4 und 6 (Friedrichs-Neubau und Wälsch Schießgraben), bisher zum 4. Revier gehörig, sind dem 3. Polizei-Revier in Oberglaucha seit demselben Tage zugeteilt.

Die Strecke Steinthor-Steinweg der Stadtbahn ist bereits in den letzten Tagen voriger Woche provisorisch mit den elektrischen Motoren besetzt worden und soll dieselbe in den nächsten Tagen dem elektrischen Betriebe gänzlich eingeweiht werden, jedoch nur noch die Strecke Delitzschstraße-Ramsfelderstraße bis zur Fertigstellung der Leitungen in bisheriger Weise besetzt sein.

8. Eine Verzeigerung der Pferde der Stadtbahn, welche durch den elektrischen Betrieb entbehrlich geworden sind resp. werden, findet am Donnerstag den 14. Mai auf dem Hopplag, von vormittags 10 Uhr ab statt; es kommen 20—40 Pferde zum Verkauf.

Gehtorden sind in der vergangenen Woche 50 Personen und zwar an: Atropie 6, Herzfehler 5, Pechhitz 2, Darmleiden 3, Unterleibsentzündung 1, Schind 3, Bluthru 1, Nierenkrebs 1, Empyem Pericarditis Empyem 1, Meningitis 2, Altersschwäche 2, Magenkrebs 1, Eor 1, Magen- und Darmtumor 1, Bauchfellentzündung 1, Entkräftung 2, Empyem 1, Hirnhautentzündung 1, Brechdurchfall 1, Herzleiden 1, Wasserhusten 1, Lungenentzündung 1, Eierstockkrebs 1, Gehirnkranke 1, Embolie 1, Neuritis 1, Schlagfluß 1. — Hierunter befinden sich 4 in diesen Krankenhäusern verordnende Dr. Ärzte.

Flammzehr und Kessel genestigt wurde. Auf das entzündete Pfeifengrohr des Uehändlers stülzte als andere Arbeiter ebenfalls und mit Misstrauen war im Ru die schmer. Laß beiseite gewandt und er aus dieser Lage befreit. Mittels einer Droschke wurde er in die hiesige künigl. Klinik geführt, wo ein Bedenbruch konstatiert wurde.

Eine Schläger fand gestern auf der Rabeninsel statt.

Gerichtsverhandlungen.

Schöffengericht vom 8. Mai.

Wegen Vergehens nach § 183 B. N.-St.-G.-B., Anrechnung zum Kernzorn durch ungesetzliche Handlungen, wurde der Arbeiter Otto B. zu 20 M. Geldstrafe, im Uebermehrfalle zu vier Tagen Gefängnis verurteilt. — Die Weibin st. med., der 25jährige Rudolf Müller aus Chemnitz und der 21jährige Hans Biemeyer von hier, waren der Beleidigung angeklagt. Selbstig befanden sich in der Nacht vom 15. Januar im hiesigen Hofsaal 2. Klasse, nun jedenfalls „nach des Tages Laß und Hitze“ ihrem Gaudium einige Stunden zu opfern. Als gegen 12 Uhr abends der Hilfsportier Werner die Passagiere des Zuges nach der Wohnung Eimundorf-Kornern abließ, schrie einer der beiden Angeklagten im ziemlich hohen Tone ein recht gemeinschimpfliches Wort. Werner besorgte sich darauf zu den Angeklagten und suchte ihnen über ihr Betragen Vorschlag zu machen, worauf die Angeklagten zunächst beschränkten, eine derartige Äußerung gefast zu haben und dann sogar sagten, wenn der Portier Werner das glaube, so gefahre er ins Irrenhaus. Werner sagte jedoch dem Polizeigeweranten Meerkatz herbei. Letzterer versuchte auch die Person, welche die unangenehme Äußerung gefast hatte, festzusetzen, worauf der Angeklagte Müller mit der unglückseligen Auslage herauskam, er habe wohl eine derartige Äußerung gefast, aber mit derselben eine in der Nähe liegende Dröschke gemeint, nach welcher sein kleiner Hund entlaufen sei. Bei der heute stattgefundenen Verhandlung versuchte die Angeklagten wieder die schon erwähnte Mitteilung ihre Unschuld zu beweisen, jedoch wurden dieselben durch das eiblich bekräftigte Zeugnis des Portiers Werner der Schuld überführt. Der Staatsanwalt meinte, daß sich je eine unangenehme Äußerung von Leuten, die zur gebildeten Klasse gehören wollten, nicht gezieme, so möchte er, der Gerichtshof möge nicht auf Gelehrts erste erkennen, er beantrage gegen beide Angeklagte je 1 Monat Gefängnis. Das Urteil lautete für jeden der Angeklagten unter Aufsetzung der Kosten auf 30 M. Geldstrafe event. 6 Tage Gefängnis. Außerdem wurde die Verhaftung des Portiers auf Kosten der Angeklagten Publikationsausgaben im hiesigen Tageblatt auszusprechen. — Die polnische Ueberseß 25jährig Arbeiterin Marie Demska wurde wegen schweren Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der staatsanwaltliche Antrag lautete auf 6 Monate. Die Angeklagte war gefänglich und gab an, die Not habe sie zu dem Verbrechen getrieben. — Der Körperverletzung mittelst gefährlichen Werkzeuges war der 31jährige wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung vorbestrafte Landwirt Richard Schöbe aus Riemegg angeklagt. Derselbe war am 9. Juli u. z. in Begleitung eines Monteurs Namens Drame in die Wohnung des früher hier anwesenden Dr. Ernst Geier in der Vestfahngasse gegangen, um eine Reparatur von 20 M. weicher Drame dem Dr. Geier früher geliehen hatte, einzubringen. Dort angekommen, traf Schöbe den Doktor der Chemie Adolf Schöpin, von welchem er angeklagt noch 80 M., die er Schöpin geborgt haben wollte, zu bekommen hatte. Mit den Worten: Lump, Hochholler u. i. w. begrüßte Schöbe den Doktor Schöpin, worauf letzterer sich so dann zu verteidigen lud. Schöbe ging jedoch dem Dr. Schöpin darauf zu Leibe, daß sein Gesicht bald mit Blut bedeckt war. Auch waren bei der Affäre in der Wohnung des Dr. Geier der Tisch umgeworfen und einige Gegenstände demolirt. Von den Zeugen, welche sämtlich nicht mehr in Halle waren, aber außerhalb gerichtlich vernommen wurden, ist nichts zu sagen. Die Angeklagte wurde verurteilt, im Gesammt 6 Wochen einjährige in der Hand des Schöbe bei der Schläger ein bündelnden Gegenstand bemerkt haben. Die ärztliche Untersuchung des Verletzten Schöpin ergab auf der rechten Stirnhälfte eine 5 Zentimeter lange Wunde. Der Angeklagte bestritt bei zuerst angeführte Teil gewesen zu sein, auch wurde seine Behauptung, daß ihm Schöpin 80 M. schuld, widerlegt. Der Staatsanwalt beantragte 1 Monat Gefängnis. Das Urteil lautete auf 50 Mark Geldstrafe, im Uebermehrfalle 10 Tage Gefängnis. — Wegen Entwendung einer Hahndade war der 31jährige Arbeiter Christian B. aus Kornern des Diebstahls angeklagt. Er war gefänglich und wurde zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. — Die indolente, wie kürzlich mit 1 Monat Gefängnis wegen Diebstahls vorbestrafter, unverheiratete 24jährige Franziska Giesels aus Stummh., vor verdrängt in zwei Fällen, der Frau Stellmachermeister Hüllig 50 Pf. und der verheirateten Voigtländer ein Paar Unterleib entwendet zu haben. Die Angeklagte legte sich auf Zeugnen und versuchte sich durch verschiedene Schwindeln von der Anlage frei zu machen. Der Staatsanwalt beantragte 2 Monate, und der Gerichtshof erkannte auf eine Jahresstrafe von 1 Monat Gefängnis. — Aus der Unteruchungsbefragte vorgeführt wurde die schon mit einigen Jahren Gefängnis vorbestrafte 18jährige Dienstmagd Marie Gebauer aus Wühlgraben. Anfangs April an dem Gefängnis kommend, begab sich die Angeklagte zum Bäckermeister Gerlach hier, um eine ihr zugelaufene Stelle als Dienstmagd anzunehmen. Jedoch bald fiel die Angeklagte ihrem Lehrer schon wieder anheim. Sie sorgte sich von einem dorthin noch dienenden Mädchen ein Kleid, eine Brode und 50 Pf. bares Geld. Darauf begab sie sich unter dem Vorwand, ihre Tante sei bei der Entbindung erkrankt, mit Erlaubnis der Gerlach'schen Eheleute nach Giebichenheim. Eine Frau Rottrich, bei welcher die Angeklagte früher einige Tage gewohnt, gemahrte dieselbe und fragte, ob sie nicht mehr bei dem Bäcker Gerlach im Dienst sei. Sie gab an, sich nur Hilfe zum Wegschaffen des Koffers holen zu wollen und die Frau Rottrich die Angeklagte aber am anderen Morgen erkrankt, begab sie sich zum Bäcker Gerlach. Da sich nun hier herausstellte, daß die Angeklagte der Gebauer auf Schwindeln beruhte und die Angeklagte außerdem noch ein Paar Stiefelchen bei Gerlach entwendet hatte, wurde ihre Verhaftung noch zur rechten Zeit veranlaßt. Die Angeklagte war gefänglich und wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Arbeiterbewegung.

— In der am 5. Mai im Saale der „Mortburg“ stattgefundenen Mitglieder-Berammlung des Maurer-Verbands sprach Herr Hofmeister über einige Punkte aus der Astronomie. Redner erklärte in seiner Rede die Sonnenfinsternis und zeigte, wie die verschiedenen Weltkörper sich bewegen. Redner fügte auch, daß die Fortschritte dieser Wissenschaft immer noch von der Theologie bekämpft werde. Dennoch ist schon die Erkenntnis weit in die Arbeiterkreise gedrungen. Dem Redner wurde reichlicher Beifall zu teil. Derselbe verspricht noch mehr Beiträge zu halten, weil dieses Thema in einer Berammlung nicht erschöpft werden könne. Unter Berichtigung stellt Kollege B. den Antrag, daß ein jeder drei Monate Mitglied sein müsse, ehe er den Rechtsfuß in Anspruch nehmen könne. Derselbe wird dahin geändert, daß wir erst den Kongress abwarten wollen. Ein anderer Antrag, von jetzt ab keine Wanderunterstützung mehr zu zahlen, wird angenommen. Einer scharfen Rede geht ein Uebermehrer unterzugehen, weil er einen Artikel nicht rechtzeitig angemeldet hatte und das betreffende Mitglied noch nicht zu seinen Rechten gekommen ist, wiewohl der Unfall schon vor einem halben Jahre passiert ist. Hierauf schloß der Vorsitzende die Berammlung.

— Am Mittwoch, 6. Mai, fand die regelmäßige Mitglieder-Berammlung der Maurer-Arbeiterleute von Halle und Umgebend im Saale der Mortburg statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, „Rechtsfuß“, führte der Vorsitzende aus, daß der Rechtsfuß laut unserem Statut jedem Mitglied unentgeltlich zu gebote stände, es sollte aber jeder Kollege vorsichtig zu Werke gehen, man er teiligen in Anspruch nehmen will, und mindestens 1 über 2 glaubwürdige Zeugen mitbringen, da es doch mit vielen Geldspendern verbunden ist. Wir sind uns bewußt, daß bei unglücklicher Konjunktur die Herren Arbeitgeber an uns herantraten, und auf diese oder jene Weise uns zu drücken suchten, was ihnen bei günstiger Zeit nicht gelingen kann. Zum bevorstehenden 2. Stiftungsfest im Juni wurde beschlossen, daß es aus Konzert und Ball bestehen sollte, und wurden die Kollegen Z. Bauer, N. Saat, S. Röhms, A. Uhlhorn, A. Merin, U. Ebel ins Festkomitee gewählt und ihnen die weiteren Schritte überlassen. Unter Berichtigung führte Kollege Peters aus, daß der Erwerb aus Giebichenheim sich bei dem Maurermeister Gerlach für 110 Mark pro 1000 Steine angeboten hätte, und bei selbigem alle Bauten dafür machen wollte. Kollege Ebel trägt noch stark das Thun und Treiben des v. Erabert, und kritisiert scharf das Vorgehen der Arbeitgeber, daß sie die laue Zeit ausnutzen und Lohnabgabe machen, und betonte, der Lohn wird einfach von den Herren selbsteig ohne zu fragen, ob er zur Erhaltung der Existenz des Arbeiters ausreicht. Ist er klein, nun dann kommt ihr verzugnen, es giebt ja Leute genug, die arbeiten können. Wie lange werden die deutschen Arbeiter sich noch solche Behandlung gefallen lassen, und wie lange wird es noch dauern, bis sie einsehen, daß sie, sobald sie einmüthig sind, die Unternehmung zwingen können, dieses System der Würdigung der Menschenrechte aufzugeben. Es ist nun Pflicht der Mitglieder, den Indifferenten mit guten Beispielen voranzugehen und sie zu belehren, damit sie ihre traurige Lage begreifen. Denn der Mensch, der nichts hört und nichts sieht, legt sein eigenes Wohl hinten und schädigt auch seine angeklagten Kameraden in allen Sachen. Mit allen erlaubten Mitteln müssen wir gegen die Indifferenten heranzuziehen, das ist an unserer Arbeit mitarbeiten helfen. Es sprach in demselben Sinne noch verschiedene Kollegen. Zum Schluß führte der Vorsitzende aus, daß die Organisationen der Arbeiter von der großen Wichtigkeit veranschaulicht werden, und ermahnte die Kollegen, recht thätig zu agieren und die Berammungen zahlreicher zu beenden. Mit einem Hoch auf die Maurer-Arbeiterleute zu Halle wurde die Berammlung nach 11 Uhr geschlossen.

— In einer Berammlung von Wädereggellen Leipzig wurde über die unverhältnismäßige Zunahme der Lehrlinge geäußert und hierbei mitgeteilt, daß in 591 Wädereggellen des Königreichs Sachsen 4802 Gehilfen und 2404 Lehrlinge beschäftigt wurden. Weiter wurde das Unwesen bei der Arbeitsstellen-Bermittlung gerügt. Die Beseitigung der mangelhaften Gehilfen und die Einschränkung eines vollen Maßes an jedem der hohen Preise soll sich der Ansicht angelegen sein lassen.

— Die in der Schwabacher Metallgießereiindustrie beschäftigten Arbeiter streikten seit dem 6. Mai.

— Die Wiener Buchdrucker und Schriftgießer fordern Reduzierung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden, Aufhebung der 14 tägigen Kündigungfrist und Einschränkung der Ueberstundenarbeit.

— In Stockholm streikten seit dem 6. Mai etwa 1000 Schneiderinnen. Auch die Schuhmachergesellen begannen die Arbeit niederzulegen. Ursache des Streiks sind Lohndifferenzen.

Lezte Nachrichten.

Berlin, 9. Mai. Der Reichstag beschloß heute, die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Kerner während der Dauer der Session nicht zu erteilen.

Berlin, 9. Mai. In Berlin wurden kürzlich Revolver zum Feldweibel herbeigeführt und ihnen gefügt, daß sie im Falle einer Mobilisation jetzt sofort in ihren Kasernen einzuführen hätten. Als Grund der Mobilisation wurde die Gährung im Volk angeführt.

Hamburg, 10. Mai. Heute nacht wurde bei Gutzhafen ein Schlepper angeammt und sank sofort. Der Kapitän's Sohn ist ertrunken, die Mannschaft ist jedoch gerettet.

Prag, 9. Mai. Etwa 8000 Mann der Karbirer Schöchte streikten heute. (Karbir in Böhmen an der Eisenbahnlinie Pilsitz-Teplitz gelegen).

Paris, 9. Mai. In Journales ist die Lage wieder gebessert. Mit Ausnahme von 5 Werken ist wieder alles an der Arbeit. — Nach Meldungen aus Brüssel wollte Boulanger aus der Journales-Affaire Kapital schlagen.

Umhänge, Jidus, Jadedts und Mäntel
für Damen und Mädchen,
Große Auswahl, billige Preise.
Knabenanzüge, Mädchenkleider, Korsetts, Leinewaren und fertige Wäsche.
Benjamin 23.
Grosse Ulrichstr. 23.

Kinderkleidchen für jedes Alter von 75 Pf. an
in großartigster Auswahl.

Ph. Liebenthal & Co.

Untere Leipzigerstrasse 103.

Zur gefälligen Beachtung!

Ich erlaube mir besonders darauf aufmerksam zu machen, daß ich hier am Plage,

große Ulrichstraße 43,

der **Einzige** bin, der zu **wirklichen Fabrikpreisen** seine **Schuhwarenfabrikate** im Einzelnen verkauft, und ich nur durch die große Produktion und den kolossalen Umsatz in meinen vielen Filialen an allen größeren Städten Deutschlands in der Lage bin, diese **enormen Vorteile** zu bieten. Diese Fabrikpreise stehen deutlich unter jeder Sohle vermerkt, und sind meine Geschäftsführer angewiesen, jeden Käufer extra darauf aufmerksam zu machen.

Wiederverkäufer erhalten keinen Rabatt.

Conrad Tack in Burg bei M.,

Schuhwarenfabrik mit Dampftrieb.

Niederlage: Halle a. S., grosse Ulrichstrasse 43.

Sozialdemokratischer Verein für Halle u. den Saalkreis.

Donnerstag den 14. Mai abends 8 Uhr
im Saale des Herrn Faulmann (Gartengasse)

Mitglieder = Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag über griechische Gesetzgebung. 2. Pfingst-Ausflug. 3. Bericht eines. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung

der **Kesselschmiede, Blechschmiede u. d. Hilfsarbeiter**

Donnerstag den 14. Mai abends 8 Uhr im Saale der Moritzburg, Harz 48.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Metallarbeiterkongress. 2. Wahl eines Delegierten zu demselben.

Die Kollegen werden ersucht zahlreich zu erscheinen. Der Einberufer.

Verband deutscher Müller und Mühlen-Arbeiter.

Mittwoch abends 8 Uhr im Vereinslokal

Monats-Versammlung.

Um zahlreiches Besuch wird ersucht. [1346] Der Vorstand.

Geschäfts-Gründung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das [1248]

Restaurant zum goldenen Krug

an der **Mittelstraße 6**

übernommen habe. Indem ich nun einem recht regen Besuch entgegenstehe, verspreche ich für beste Speisen und Getränke zu sorgen.

J. Bauer,

früher Adler, Gutenberg.

Bekanntmachung.

Die aus der **Bernstein'schen Konkursmasse** und noch andere sich am Lager befindlichen **Knod- und Jacket-Anzüge, Sommer-Paletots, Hosen, Jacketts, Burjeden- und Anoden-Anzüge**, sowie der Rest in **Damen-Konfektion**, bestehend in **Wintermänteln, Jacketts, Regen-Mäntel, Staub-Mäntel, Hütes, Umhänge** werden im [1324]

Bernstein'schen Geschäftslokale Leipzigerstraße 6

täglich von 8-11 Uhr und von 3-7 Uhr unter **Barpreisen** ausverkauft. Des großen Andranges wegen bleibt das Lokal bis Pfingsten auch Sonntags mit Ausnahme der Gottesdienststunden geöffnet.

Der Verwalter.

Backbutter.

Frische beste Natur-Backbutter
à Pfund 1 M.

Frische gr. Landeier

zum billigsten Preise
empfeilt die [1350]

Butterhandlung

Grosse Ulrichstrasse Nr. 31.

Kinderwagendecken

in überragend großer Auswahl zu noch nie dagewesenen billigen Preisen.

Gardinen- & Eleganzkauf,
Meter 40, 50, 60, 75 Pf., sonst das Doppelte.

Gustav Blochert, Rannischestr. 3.

Sämtliche Mittel

[1336] zur sicheren Vertilgung von:
Motten, Flöhen, Wanzen, Schwaben
und dergl. Ungeziefer empfiehlt

R. Hochheimer,

vorm. **John. Budefeldt,**
Leipzigerstr. 86.

Zahnschmerzen

werden sofort und dauernd beseitigt durch
Selbstplombieren höherer Zähne mit **Walther's**
flüssigem Zahnfüll. In Flaschen à 35 Pf. bei

E. Walther,

3089] **Glauchaer Kirche 13. Steinweg 29.**

Kartoffeln.

Einen großen Vorrat ganz vorzügliche **Magnam bonum**, reichlich u. sehr gut schmeckend, so schon wie im Herbst, desgl. ff. **Wiederfarvartoffeln** empfiehlt im ganzen und einzelnen
O. Moller, Steinweg 33.

Gesunde und freundliche Familien-Wohnungen

sind in „**Bockshof**“ an der **Werkburgerstraße** für sofort oder später zu vermieten. Auskunft erteilt der **Inspektor Maunus, Schmiedstraße 2.** [3849]

Ein wenig gebrauchter **Kinderwagen** ist zu verkaufen. **Ludwigstraße 18, II.**

Ein Kind w. in **Biege** gegeb. **Harz 49b, S. I. E. I. Febl. St. als Schlafst. offen Friedrichstr. 5, S. II. Febl. Schlafst. offen Werkburgerstr. 101. Boden. Febl. Schlafst. gr. Wallstr. 14, III. Biege.**

Redaktion i. B. von Rich. Calver; Verlag von Aug. Groß; Druck der Halle'schen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.), sämtlich in Halle a. S. Dienstag 1. Collage.

Zugeständnisse.

Wir Sozialdemokraten, namentlich die Partei angehörige Schriftsteller und Redakteure sind und bleiben eben „Heber“, die nichts anderes zu thun wissen, als die Leute recht ohne jeglichen Grund unzufrieden zu machen. Und dabei steht es doch so gut um unsere Weltordnung?!

Leider werden uns aus diesem Wahne immer wieder die Bourgeoisblätter selbst auf, wenn sie freilich nicht immer daran denken, wie scharfe Waffen ihre eigenen Kluggebungen für die ganze kapitalistische Gesellschaftsordnung werden können.

Hier eine kleine Blumentese kapitalistischer Großthaten!

„In erschreckender Weise“, so schreiben selbst die „Hamb. Nachrichten“, häufen sich die von allen Seiten eingehenden Nachrichten über großartige Veruntreuungen und Betrügereien, welche durch die bisher angelegene Stellung... Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden. — Als in dem Bureau der Unfall-Versicherung der Eisen- und Stahl-Industrie von der Direktion am 28. April eine Notiz vorgetragen wurde, erklärte der Herr... Der Vorfall betraf einen Arbeiter, welcher in der Fabrik des Hrn. G. in der Nähe von... Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden. — Als in dem Bureau der Unfall-Versicherung der Eisen- und Stahl-Industrie von der Direktion am 28. April eine Notiz vorgetragen wurde, erklärte der Herr... Der Vorfall betraf einen Arbeiter, welcher in der Fabrik des Hrn. G. in der Nähe von... Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

angeboten, wieder von den guten Leuten in der Provinz, und nach ein paar Jahren wiederholt sich die Geschichte, bis die Söhne Ärzte, Rechtsanwält, Bankdirektoren sind oder sonst einflussreiche Stellen bekommen und die Töchter unter die Haube gebracht und die Schwiegereltern verlorf sind. Dann ist ein Afford nicht mehr nötig. Geld fließt nicht! Die Kinder des Fabrikanten arbeiten weiter im Schwelge ihres Angehört, die Kinder des Affordmachers fahren auf Summiräden.

Das Bild, das wir hier in kurzen Strichen gezeichnet haben, ist keine Uebertreibung, wir haben es oft genug selbst angesehen mit Hähertrüben, nicht nur, daß es Leute giebt, die es so machen, sondern auch, daß es Leute giebt, die immer aus neue wieder hineinfallen. Werden denn gewisse Leute niemals alle werden?

Man macht viel zu wenig von dem Strafgesetze Anwendung. Wenn ein ordentlicher Vertrauensmann die Bürger unterjudt, so muß er notwendigerweise in solchen Konfuzen auf Thatsachen liegen, die dem Krider für den Strafrichter reif machen und es ist nicht abzusehen, warum man Nichtschuldig nehmen sollte. Der überragte Versuch für die Familie ist wohlthätig genügend, eine Beurteilung herbeizuführen. Wir haben einen ähnlichen Fall vor nicht langer Zeit in Leipzig gehabt. Man darf nicht den Staatsanwalt beneiden, wenn es gilt eine Reinigung des Kaufmannskandes herbeizuführen. Das ist der reelle Kaufmann seinem Stande selbst schuldig. Das Gericht kann nicht alles wissen, es muß ihm mit Material an die Hand gegangen werden. Es würde gern die Hand zu einer Bestrafung dieser Konfuzritter ziehen. Wo es etwas thun kann, thut es dies schon. So hat das Amtsgericht in Berlin dieser Tage einen Afford nicht befähigt, in welchem der Krider bei 170000 M. Schulden nur 2/3, Proz., in der Waage hatte und 4 Proz. bot. 4 Prozent auf eine Warenerhebung Material, Vollen, Mittel, Spulen, Gewinnen, das liegt alles in der Forderung und der Herr Krider ist so gültig, anstatt 2/3, Proz. 4 Proz. zu bieten, um dann, wenn der Vergleich geschlossen ist, als freier, schuldenloser Mann spazieren gehen zu können. Gütlichweise hat das Amtsgericht den Vergleich nicht genehmigt, denn ob die guten Provinzialen 100 Proz. oder 96 Proz. vertieren, daß ist doch schließlich gleich, im ersten Falle können sie wenigstens dem Konfuzstänker noch ein wenig das Leben schwer machen. Immerhin, Abhilfe thut aber hier dringend not. Selbsthilfe, durch Verweigerung des Kredits und des Affords und Anzeige beim Strafrichter. Etwas dürfte das doch helfen!

Nun ob der Staatsanwalt die Meinung des Kaufmannskandes auch bezogen mag, seiner Liebe Würde wird so umflort sein, wie sein Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Es kommen aber immer wieder neue Sünder!

Ja, wie wollt denn aber ihr Sozialdemokraten helfen? Ihr habt nur Utopien im Kopfe, ihr könnt nur unzufrieden machen und nachher lauft ihr davon wie Kinder, wenn sie das Feuer angezündet haben. Auch dorthin brauchen wir uns heute nicht viel Kopfzerrens zu machen. Nun, darüber ein andermal.

Beilage.

117. Sitzung vom 8. Mai, 12 Uhr.

Eingegangen: Borsage, betr. Vertagung des Reichstages bis zum 10. November; ferner Borsage betr. Unterstützung von Familien der zu Friedensabündungen einserufenen Mannschaften.

Die Generale der Brüller Antifabrik-Konferenz wird debattiert in erster und zweiter Beratung genehmigt. Die Emergentenliste wird sodann in der Gesamtbesimmung definitiv angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, der Reichspartei v. Kardob und verschiedene Konervative, darunter Graf K. und v. R. Masson.

Es folgt die dritte Lesung des Bundessteuergesetzes. Hierzu liegt der Antrag Dr. C. (Zentrum) vor, die in zweiter Lesung abgelehnten §§ 2 (Konsumsteuer) und 7 (Ausfuhrsteuern) in der Fassung wiederherzustellen, daß die Konsumsteuer 18 M. betrage und die Ausfuhrprämie auf 5 Jahre gesahrt werde, und zwar während der ersten 3 Jahre in Höhe von 1/2, M. (für Rohzucker) und während der beiden weiteren Jahre in Höhe von 1 M.

Abg. Spahn (Zentrum) befragt den Antrag Dr. C., welcher einerseits den Interessen der Zuckerrindrie in dem erforderlichen Maße Rechnung trage, andererseits auch die Interessen des Reiches, bzw. des Fiskus wahre.

Reichstangler v. Caprivi bemerkt, die verbündeten Regierungen seien nach wie vor überzeugt, daß der bestehende Zustand unhaltbar sei. Sie lähen aber ein, daß ihre eigene Borsage keine Aussicht habe, durchzugehen. Sie seien deshalb geneigt, den Antrag Dr. C. anzunehmen, und es sei berechtigt, dies im Namen der verbündeten Regierungen zu erklären. Ueber diesen Antrag Dr. C. hinaus würden aber die verbündeten Regierungen nicht gehen. Werde dieser Antrag nicht angenommen, so würden die Regierungen mit der Borsage im nächsten Jahre wieder kommen. Ob sie aber dann dieselben Uebereinstimmungen wieder vorschlagen würden, möge dahingestellt bleiben (Hört! Hört!). Er halte dies für unwahrscheinlich und bitte daher das hohe Haus, den Antrag anzunehmen.

Abg. Graf Mirbach (son.) erklärt, mit den Regierungen ausnahmsweise diesmal nicht übereinzustimmen. (Heiterkeit). Er stelle den bestehenden Zustand gerichtet für unhaltbar hin. Deshalb wolle denn auch die Regierung mit der Beschaffung der Prämien vorangehen in der Hoffnung, die anderen Länder würden nachfolgen? Gehe denn die Regierung auf militärischem Gebiete mit der Beschaffung der Rühlungen voran? Nein! Da heiße es: „Anton, geh Du voran!“ Auch die von dem Reichstetler verhandelte Aussicht, daß die Prämien eventuell wieder eingeführt werden könnten, beruhe ihn nicht. Denn seien die Prämien erst einmal beseitigt, dann würde sich kein Reichstag finden, der sie wieder einführt! Das bestände im Reichstag als allgemeine Konfuzitäten auf der Linien. (Heiterkeit). Nehmer geht dann noch näher auf die von ihm besaunete Beschädigung ein, welche der Landwirtschast aus der Aufhebung der Prämien, bzw. der Materialsteuer erwachsen müsse, und meint, er lasse sich auch die Drohung mit einem neuen Borsage nicht einschüchtern, sondern bitte seine Freunde, den Antrag Dr. C. einfach abzuschließen.

Reichstangler v. Caprivi erwidert, eine Drohung habe ihm bei der Aufkündigung einer nächstjährigen Borsage ganz fern gelegen. Er sei überzeugt, daß weder der Borsender, noch sonst wer hier im Hause durch Drohungen einschüchtern sei. Er habe lediglich die Zuckerrindrie über die Sachlage, wie die Regierungen sie ausfallen, auflären, und sie dadurch in den Stand setzen wollen, ihre Interessen wahrzunehmen. Borsender habe u. a. auch nach dem Inne der Handelsverträge gefragt, wann barmann werde er sich auflösen. Wenn beseitigt auf der Tagesordnung ständen. Für heute könne er sich nicht wiederholen, daß es nicht unmöglich ist, während die Beschuldungen noch schweben, sich darüber zu äußern. Eine Beschädigung der Landwirtschast würden die Regierungen niemals herbeizuführen beabsichtigen. Wenn Graf Mirbach, was es scheint, die französischen Zustände für die besseren halte, so müsse er konstatieren, daß das, was Frankreich wolle, etwas ganz anderes sei, als was Deutschland wolle; was hier erstrebt werde, habe den Zweck, Deutschland zu nützen.

Schlagter v. Borsage erwidert noch dem Grafen Mirbach: Wenn die Regierungen heute im Gegensatz zu ihren früheren Borsagungen mit der allmählichen Beschaffung der Prämien vorgingen, ohne ein gleichzeitiges Vorgehen bei anderen Staaten abzuwarten, so habe dies seinen guten Grund in der Finanzlage des Reiches. In den nächsten fünf Jahren würden die Ansprüche an den Staat voranschreiten um rund 80 Millionen sich steigern — so namentlich wegen der Invaliditäts- und Altersversicherung.

Abg. Richter (freil.) bemerkt dem Grafen Mirbach, er und seine Freunde wollten hier den Konfuzanten den Zuckerrindrie niedriger hängen, als derselbe bisher gehalten habe. Doch er wolle nicht weiter gegen den Grafen polemisieren, denn sonst könnte vielleicht seine Unterstützung dem Herrn Reichstangler anfangen, unheimlich zu werden. (Heiterkeit). Graf Mirbach habe nun aber die Erklärung des Reichstanglers über das Jahr eventuell mit einer neuen Borsage zu kommen, als eine Drohung zum Schlimmeren aufgefaßt; er thue das nicht, denn man könne ja die Aufkündigung des Rantlers auch im entgegengekehrten Sinne deuten. Er und seine Freunde würden durch die Erklärung des Reichstanglers jedenfalls in ihrer Absicht, gegen den Antrag Dr. C. zu stimmen, noch befestigt; die verschiedenen Borsage erleichtere ihnen die Abkündigung der jetzigen. Der Antrag Dr. C. würde doch nur eine Wiederholung des Fehlers von 1887 sein. Er könne nicht abermals auf weitere fünf Jahre hinaus eine Prämie bewilligen. Jrrig sei die Meinung Mirbachs, daß die Regierung u. a. wegen der Handelsverträge mehr Geld brauche. Reichtrige solle behaupten, daß nicht immer Mindereinnahmen, sondern vielmehr gerade eine Vermehrung der Zoll-Einnahmen. Und selbst wenn die Zolleinnahmen fortan nur ebenso hoch blieben, wie sie 1890/91 waren, so bedeute schon das ein Plus von 63 Millionen gegen den Borschlag. Bei solcher Finanzlage bedürfe es doch dessen nicht, wegen des Wachstums der Ansprüche an das Reich in den nächsten fünf Jahren schon heute dem Reich die nötigen Mittel einzunehmen zu bewilligen.

Sollte der Antrag Dr. C. gegen den wir stimmen, angenommen werden, und das Gesetz auf Grundlage desselben zu Stande kommen, so betrachten wir die Zuckergesetzgebung keineswegs bis 1897 für abgeschlossen. Ebenso gut, wie der Herr Reichstetler meine, daß, wenn man Prämien auf mehrere Jahre bewilligt, nicht ausgeschlossen sei, daß nach Ablauf dieser Frist sie noch für weitere Jahre bewilligt werden, sage ich: Wenn eine Mehrheit das Gesetz mit einer fünfjährigen Prämienbewilligung zustande kommen läßt, so ist gerichtet ausgeschlossen, daß wir innerhalb dieser fünf Jahre die Bestrebungen wieder aufzunehmen und weiter verfolgen, die Prämien herabzusetzen oder aufheben zu lassen. Denn der Antrag Dr. C. gewährt eine Viesgabe von 50 Millionen Mark auf fünf Jahre an 400 Zuckerrindrie, und das kann einen starken Anreiz dazu geben, die Produktion auszuheben, neue Fabriken einzurichten, und deshalb ist es befürwortet, daß vom Standpunkt der Zuckerrindrie her, daß durch Prämien in diesem hohen Gesamtbetrage eine Ueberproduktion hervorgerufen wird, die abkann zu einer Krise in der Zuckerindustrie. (Beifall links).

Abg. Fürst Saftfeld (Reichsp.) äußert sich namens eines großen Teiles seiner Freunde gegen den Antrag Dr. C., ebenso Abg. von Rosciolski (Polo), welcher befreitet, daß es sich bei diesem Antrage um eine Viesgabe für die Zuckerrindrie handle.

Abg. v. Bennigsen erklärt, er und seine Freunde würden, wenn vorgeschlagen abgehen, den Antrag Dr. C. stimmen. Um Kriege der Zucker-Industrie herbeizuführen, die Beschädigung — wozu er sich in der Debatte überzeugt habe —, daß ein so schonener Uebereinstimmung, wie ihn der Antrag Dr. C. wolle, für die Industrie wertvoller sei, als die Unschärfe, welche bei Nichtzustandekommen dieses Gesetzes entstehen würde. Er gehe dabei von der Voraussetzung aus, daß bei Annahme des Antrages Dr. C. die Regierung in den nächsten sechs Jahren an der Zuckerrindrie keine mehr thun werden, falls nicht etwa die anderen Staaten mit Aufhebung der Ausfuhrprämien vorgingen. Unter dieser Voraussetzung stimme er für den Antrag Dr. C. und bitte nicht nur seine Freunde, sondern auch die anderen Parteien, ein Gleiches zu thun.

Reichstangler v. Caprivi erklärt kurz, namens der verbündeten Regierungen, daß die Voraussetzung des Borschlags im Bezug auf das Beschäftigen der Regierung während der Uebereinstimmung durchaus zutrifft.

Abg. Schilling (soz.) durch die Entscheidung der Zucker-Industrie und die Prämien wurde der Rühlengender fast ganz, nicht nur mit dem Rohzucker auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, sondern ihn bald sogar in seiner eigenen Heimat zu bezwingen. Er hat auch eine Revolution in unseren ländlichen Zuständen herbeizuführen. In der Provinz Sadjen und Braunschweig hat alles Rülben fast getrieben und treibt im Anschlag an die Fabriken Viehmast. Dort besteht infolge dessen der große kapitalistische Betrieb dem ausgebeuteten Arbeiter gegenüber. Das ist uns sehr angenehm, denn dadurch werden die Zentren der Zuckerindustrie die Zentren der sozialdemokratischen Agitation auf dem Lande. Mit anderen Worten für die Zuckerindustrie, was wir aber nicht als unsern Zweck ansehen wollen, reicher Zuckerindustrie. Die Exportprämien stellen uns nicht auf dem Weltmarkt, so wenig Vieh- und Getreide, als unsere Landwirtschast lebensfähig machen. Den Zuckerindustriellen stehen allerdings bei ihrer Forderung mildernde Rücksichtungen gegen Seite, als nicht ihnen allein eine Unschärfe gegenüber gewährt werden ist, die man ihnen nun nehmen will, sondern auch Milderer, Fischer, Schnapsbrenner Subventionen bekommen;

Aber damit nicht genug. Das „Leipziger Tagebl.“ will uns auch mal eine Freude machen, und bringt daher unter der Spitzmarke „Musterkonkurse“ auch so ein kapitalistisches Pfändchen, nach seiner Beschreibung schon mehr die reinste Bucherpfand.

Wir haben schon neulich darauf aufmerksam gemacht, wie erschreckend sich jetzt die Konkurse mehren, in denen die vorhandenen Aktien geradezu gleich Null sind. Fast keine Woche vergeht, ohne d. h. nicht die Reichshauptstadt solch einen „Musterkonkurse“ meldet, von dem man selber denken hört, daß sie der Strafrichter mit der Konkursverwaltung befristet. Da stehen wir, und unsere jüngeren Söhne 600000 Doll., während er für sich 300000 Doll. zurückbehält, welche er in Getreideoperationen an der Börse vollständig verlor.

Aber damit nicht genug. Das „Leipziger Tagebl.“ will uns auch mal eine Freude machen, und bringt daher unter der Spitzmarke „Musterkonkurse“ auch so ein kapitalistisches Pfändchen, nach seiner Beschreibung schon mehr die reinste Bucherpfand.

Wir haben schon neulich darauf aufmerksam gemacht, wie erschreckend sich jetzt die Konkurse mehren, in denen die vorhandenen Aktien geradezu gleich Null sind. Fast keine Woche vergeht, ohne d. h. nicht die Reichshauptstadt solch einen „Musterkonkurse“ meldet, von dem man selber denken hört, daß sie der Strafrichter mit der Konkursverwaltung befristet. Da stehen wir, und unsere jüngeren Söhne 600000 Doll., während er für sich 300000 Doll. zurückbehält, welche er in Getreideoperationen an der Börse vollständig verlor.



Jogar ein großer Teil der Industriezweige als Exportsprämie empfangen. Die Abschaffung der Zuckerrückstände ist nur der erste Schritt, dem auch die Befreiung der anderen Subventionen folgen muß. Es ist nur zum Teil richtig, daß die französische Zuckerrückstände alles von uns lernte; bis zur Mitte der sechziger Jahre lernten wir von den Franzosen, von den Franzosen kommen die besten Rüben, so die noch heute als vorzüglich anerkannte Wilimoria'sche Rübe. Wenn aber unsere Zuckerrückstände dem deutschen Zucker seitdem die erste Stelle auf dem Weltmarkt verfallen haben, so sind sie dafür reich belohnt durch die hohen Dividenden. Die Opfer, die das Volk bei dem Erhalten der Zuckerrückstände brachte, werden am besten dadurch belohnt, daß man seine Zuckern nicht weiter leert. Die Befreiung von der Konkurrenz der französischen Zuckers ist unbedenklich, denn die Zunahme der französischen Zuckerproduktion nach Einschränkung der dortigen Zuckerrückstände ist nicht so verheerend, wie sie es zuerst zu sein scheint; im Anfang der sechziger Jahre war die französische Zuckerproduktion sehr bedeutend, sie nahm dann ab, und nur im Vergleich zu dieser verringerten Produktion ist die jetzige Produktion sehr geringen. Frankreich produzierte 1890 nur 51 000 Tons Zucker mehr, als 1874, während bei uns die Steigerung im selben Zeitraum 70 000 Tons betrug. Als wir 1887 unsere Exportsubventionen verringerten, war die französische Prämie um 7 M. höher, als die unsere; wenn man die jetzige Prämie abschaffen, geben die Franzosen, welches seit 1887 keine Prämie erntete, nur noch 6 M. vor, und ich sehe nicht ein, warum man sich darüber ärgert, nachdem der frühere Vorsprung Frankreichs um 7 M. unsere Stellung auf dem Weltmarkt nicht schädigen konnte. Was die Konsumsteuer anlangt, so bin ich gegen dieselbe; unser Zuckerkonsum ist außerordentlich gering, und es ist nötig, diesen Konsum zu vermindern, was durch die Konsumsteuer verhindert wird. Der deutsche Arbeiter soll von dem Zucker, den er mit seinem Blut erzeugt, auch ein Teil genießen! Von dem Erlöse der Zuckerrückstände soll die Lage vieler Kleinrentner abhängen, in der That aber sind die Zuckerrückstände weder der Arbeiter noch der Kleinrentner zu Gute. Im Jahre 1886 wurde die Steuer der Vorzüge in ein Lebersteuern verwandelt, wonach in der Provinz Sachsen von 84 bis 94 000 Hektaren Rübenlandes 64 bis 69 000 im Besitz von Zuckerfabriken waren, in Hannover von 31 000 Hektaren 21 bis 23 000, in Braunschweig von 19 bis 20 000 Hektaren 16 bis 18 000 Hektaren, in Anhalt von 17 bis 20 000 Hektaren 11 bis 12 000. Das ist eine Expropriation von Bauern durch die Industrie, wie sie sonst ohne Weiden ist. Wo aber noch Bauern Rüben liefern, begünstigt man ihnen außerordentlich geringe Preise. Abg. v. Bennigsen gab neulich selbst zu, daß während die Zuckerfabriken hohe Dividenden verteilten, der für die Rüben gezahlte Preis die Produktionskosten eben deckte. Jede Erhöhung der Produktionssteuer wurde in doppeltem und mehrfachen Betrage auf die Rübenbauern verlegt. Im Jahre 1886 wurde die Steuer der Vorzüge in ein Lebersteuern verwandelt, was zwei Drittel der Produktion exportiert werden und hierfür die Steuer rückvergütet wird, beschränkt sich die auf den Doppelzucker durchschneidlich entfallende Erhöhung auf 3 Pf., und der Preis der Rüben wurde, wie der den Konsumfabriken doch gewiß unvermeidliche Herr Bauer zugibt, um 15 Pf. pro einfachen Zentner erhöht. Auf die Verdächtigungen der Arbeiter in der Zuckerrückstände ist Abg. Heine schon in der ersten Lesung eingegangen, ich betone deshalb hier nur kurz, daß man in einer anderen Industrie eine solche Ausbeutung der Arbeiter findet, wie in dieser; die Arbeitszeit ist in den überhöhten Arbeitsräumen außerordentlich groß, die Bezahlung ist gering, Arbeiter und Arbeiter werden ohne Rücksicht auf die Arbeit im Kampf ein, bis am Ende der Tag der Arbeiter bedacht werden sollen, so wird uns dadurch die Agitation in den katholischen Gegenden sehr erleichtert, wo wir jetzt noch einmühsam in Bezug sind. Wir unferreichte haben keinen Anlaß, für irgend eine Exportsprämie oder für die Konsumsteuer zu stimmen, wir bewilligen überhaupt keine Mehrerinnahmen, nachdem wir großer Teil des Geldes gebracht wird, unter Umständen gegen uns gerichtet werden sollen, weil wir versuchen, den modernen Sklaven eine menschenwürdige Existenz zu schaffen. Wir stimmen gegen das Gesetz in jeder Form, gegen jedes Gesetz, das Forderungen stellt, die wir im Namen des arbeitenden Volkes zurückweisen müssen.

Abg. Graf v. Helldorf (Königsberg) kann dem Reichstagen darin nicht zustimmen, daß der bestehende Zustand unhaltbar sei. Seit 26 Jahren ist die Zucker-Einkauf enorm gefallen, die Kaufkraft enorm gestiegen. Sei das ein unhaltbarer Zustand? Immerhin misfällt ihm weniger die Vorlage selber, als gerade der Zeitpunkt der Einbringung derselben. Mindestens hätte man doch sollen erst die Handelsverträge abwarten, da man abwarten die Bedürfnisse besser übersehen könne. Er würde sehr wohl verstehen, daß der Reichstagen es ablehne, über den österreichischen Handelsvertrag zu reden, wenn dessen Inhalt unbekannt wäre. Aber gerade die wichtigste Bestimmung derselben, die Herabsetzung des Zuckereinkaufes, sei bekannt. Es würde große Verwirrung hervorrufen, wenn der Reichstagen heute die Nachfrist von der Herabsetzung des Zuckereinkaufes auf 3 1/2 M. für unbedenklich erklären könnte. (Präsident v. Leseburg bittet den Redner, bei der Tagesordnung zu bleiben.) Er wiederhole, der Zeitpunkt, in welchem diese Vorlage eingebracht ist, mache es ihm unmöglich, für den Antrag Dritterer zu stimmen.

Abg. M.eyer (Berlin) hebt hervor, der Reichstagen habe heute einen Zustand nicht unbilliger erklärt, dessen Schaffung die Regierung selber erst vor drei Jahren, und zwar unter dem leibhaftigen Widerspruch der Reichstagen, verlangt habe. Und hier wolle man nun auf sechs Jahre, also auf eine noch einmal so lange Zeit einen neuen Zustand schaffen, der vielleicht schon wiederum nach drei Jahren unhaltbar werde. Seine Partei werde, vielleicht mit sehr wenigen Ausnahmen, dazu nicht Beifälle leisten, sondern den Antrag Dritterer ablehnen. Es liegt darin, fährt Redner fort, keine Feindseligkeit von unserer Seite gegen die Landwirtschaft, wie die Herren Grafen Stolberg und Mirbach behaupten. Mit diesen Willküren, die Sie hier von uns fordern, geht es uns wie mit dem Glase Bier, das wir vor uns stellen haben, und es ein anderes bezeichnen will. Wenn Glas Bier trinke ich sehr lieb. Und wenn ich das bezeichnen, der es mir wegstiehlt, will, so ist das nicht daran dem Grunde seine Feindseligkeit (Feierlichkeit), so ist das nicht daran dem Grunde seine Feindseligkeit (Feierlichkeit), so ist das nicht daran dem Grunde seine Feindseligkeit (Feierlichkeit), so ist das nicht daran dem Grunde seine Feindseligkeit (Feierlichkeit).

Abg. Frhr. v. Wendt (Bentz) bittet um Annahme des Antrages Dritterer namentlich zu dem Zwecke, der Zuckerrückstände endlich einmal eine längere Ruhepause zu verschaffen. Die Freunde der Zuckerrückstände sollten sich dieses Zweckes halber mit dem Reichstagen begnügen.

Abg. v. Kardorff (Meißen) sowohl wie Abg. Graf Mirbach (Sonn.) sprechen sich nochmals gegen den Antrag Dritterer aus, während

Abg. W. Müller den Antrag Dritterer dahin amendiert, die Prämien nur noch bis zum 31. Juli 1895 zu zahlen. Damit schließt die Generaldebatte. Die §§ 1 und 3-6 und 65-66 werden debattlos angenommen. Eine kurze Debatte entfiel noch über den Antrag Dritterer zum § 67: fünfjährige Ausfuhrprämien. Außer dem Antragsteller selbst beifolgt der Antrag noch der Abg. Graf Stolberg (Sonn.), welcher es im Gegensatz zu seinem fraktionsgenossen Graf Mirbach nicht für gebührend hält, die Beschlußfassung über dieses Gesetz von der Gestaltung der Handelsverträge abhängig zu machen.

Nachdem noch Abg. Meyer (Berlin) mit wenigen Worten dem Antragsteller entgegengetreten, schließt auch diese Debatte. Die Abstimmung über den Antrag Dritterer ist eine namentliche. Sie ergibt Annahme des Antrages mit 146 gegen 143 Stimmen. Gegen den Antrag stimmen: die Sozialdemokraten, die Freisinnigen mit Ausnahme von Schroder, die Polen, die nationalliberalen Abg. Dörschüler und v. Benda, die Zentrum's-Abg. Graf Rautschka, Kerling und Gamula, die Reichspartei mit Ausnahme v. Arnims und Verbech's und etwa die Hälfte der Konserverativen.

Ohne weitere Debatte wird dann der Antrag Dritterer zum § 2 angenommen, also die Konsumsteuer auf 18 M. festgesetzt.

Gegen Sozialdemokraten und Freisinnige wird Johann im Antrag Graf v. Sodenbroch angenommen, den Zoll auf Zucker auf 36 M. zu erhöhen. Der Rest des Gesetzes wird debattlos angenommen.

Damit ist die dritte Lesung bis auf die Gesamt-Abstimmung beendet.

Nächste Sitzung heute abend 8 Uhr: der Verfassungs-Antrag; Nachtragsetat und kleinere Sachen.

setzt gestellt wurde, als 2. Vorsitzender Dammann (Weißhofsleiter), als Schriftführer Jafos, Warnatz, Eßlein, Wittenberger, Feinze und Jafos. Hierauf Schluß der 1. Sitzung 12 1/2 Uhr.

2. Sitzung, Anfang 2 1/2, nachmittags.

Der Vorsitzende Paul eröffnet die Sitzung. Es wird die Arbeitszeit des Kongresses auf 8 Stunden festgesetzt. Die Geschäftsordnung, welche gedruckt vorliegt, wird angenommen. Hierauf kommen zwei Protokolle, der erste gegen das Mandat des Delegierten Silberföhrich-Weißense, der zweite gegen das Mandat des Delegierten Jafos, Warnatz, Eßlein, Wittenberger, Feinze und Jafos. Hierauf Schluß der 1. Sitzung 12 1/2 Uhr.

1. Bericht der Geschäftsleitung. Ref. Dammann.

2. Bericht und Abrechnung über das Kongress. Ref. Stening.

3. Die statistischen Erhebungen in Verbindung mit der wirtschaftlichen, sozialen Lage der Bauern Deutschlands. Ref. Borenz.

4. Beratung und Beschlußfassung über die Reorganisation. Ref. Stening.

Die zum ersten Punkt der Tagesordnung geschritten wird, stellt Herr v. Benda den Antrag, die Angelegenheit der Reorganisation gegen die Geschäftsleitung beim 1. Punkt der Tagesordnung zu erledigen, welcher angenommen wird. Es erhält hierauf Dammann (Weißhofsleiter), das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung. Derselbe geht zunächst auf die Bewegung und die Ausläufer des vorigen Jahres ein. Es ist hieraus folgendes zu entnehmen: Ausläufer fanden 30 statt und zwar begann der erste mit dem 15. März und endete der letzte den 3. November 1891, 8 Ausläufer waren Ausprägungen, 22 Angriffstreife; 4 Streife wurden genommen, die anderen gingen verloren. Die Zahl der Ausläufer betrug 9000. Die meiste Schuld an den verlorenen Streifen schreibt Referent einigen Mitgliedern zu, betreffs der Waiferei. Auf Agitation wurden 10 Agitatoren geschickt, welche insgesamt 855 Tage respektive 739 Städte besuchten. In den statistischen Erhebungen nahmen diese Jahr 202 Städte gegen 152 im Vorjahre teil. Flugblätter wurden viermal den Kollegen überreicht und zwar insgesamt 170 000. Im Aufsatze hierzu erhaltet der Redner v. Benda die Zusammenfassung der Gesamtannahme bezieht sich auf 97 928.28 M., die Gesamtansatz auf 91 456.66 M., bleibt ein Kassensaldo von 6 471.62 M. Die Bücher sind stets in besser Ordnung vorgefunden. Die Zahl der Protokolle, welche von Verschiedenen nicht bezahlt sind, beläuft sich auf 1425 Stk.; es wird von verschiedenen Delegierten verprochen, die Schuld abzutragen. Auf eine Anfrage Bommelburgs, wie hoch sich der monatliche Gehalt der Geschäftsleiter bezieht, teilt Dammann mit, daß der Gehalt monatlich auf 100 M. festgesetzt ist und daß im Durchschnitt 3 Personen besoldet werden. Wenn man diesen Gehalt auf längerer Rede gegen die Geschäftsleitung und geht ausführlich auf die Streitigkeiten und ihre Entschlung zwischen Berlin und Hamburg ein, wobei er wiederholt sich derjenige des Vorliegenden durch Ordnungsruf ansprechen muß. Er nennt Fälle spricht sich gegen die Agitation der letzten drei Monate, welche für den Verband in jenem ist, aus und unterzieht noch die Agitation, resp. das Auftreten und die Inkonsequenz eines Artikels einer Kritik. Schreiben B. Werder a. d. H. rügt, daß die Kongressbeschlüsse vom 3. Kongress von Hamburg gebrochen seien und ermahnt zur Einigkeit. Eßlein-Imdad zieht gegen die Ausgabe der letzten Flugblätter zu Felde, worauf die Sitzung abends 6 Uhr geschlossen wird.

Stadt Mersburg, Wertheburgerstraße Nr. 10.
 Heute Dienstag
 Waffelbacken mit Sauerkohl. [1343]
 Von jetzt ab tobt das Fd.
 Markt 70 Pf., weißes Fett
 80 Pf., Speck 80 Pf., Wurst-
 fett 70 Pf. A. Amme, Seifengüßr. 36.

Größte Auswabl: Kinderwagen, Größte Auswabl: Reisekörbe, Größte Auswabl: alle anderen Sortwaren empfiehlt zu billigen Preisen W. Leopold, Mauergasse 4.

Bestes Speise-Fett à Pfund 45 Pf.
 Feinstes
Hamburger Tafelschmalz à Pfund 50 Pf.
Prima Braten-Schmalz à Pfund 60 Pf.
 empfiehlt die [1351]
Butterhandlung
Gr. Ulrichstraße Nr. 31.
Gr. kräftiges Hausbrot, Roggenbrot 58 Pf. beim Bäckermeister August Bleichert, Dergstraße 41.

Prima Rindfleisch
 60-65 Pf. für jede Wagelung
 50-55 Pf. für jede Wagelung
 70-75 Pf. für jede Wagelung
 Rindfleisch 55-60 Pf.
 Hammelfleisch ff. 55 und 60 Pf.
 Speck do. im ganzen 1.15
 Weißf. Saiten Aufschnitt 1.20
 do. im ganzen 1.15

Der Schlächter Ostfriesl. u. Westf.
 (1143) Kleine Ulrichstraße.

300 Paar
 etwas getragene aber noch gut und haltbare
Arbeitsstiefeln
 sind eingetroffen.
 Nur 3 und 3 1/2, Wart.
Renner's Ein- u. Verkaufsgesellschaft
 nur Leipzigerstraße 44.

Farben jeder Art
 trocken und in Öl gerieben,
 Lacke und Firnisse,
 alle Sorten Pinse,
 Leim, Gyps, Zement
 empfiehlt in besten Qualitäten
 R. Hochheimer, Joh. Bielefeldt,
 [1335] Leipzigerstraße 86.

Kräftiges Hausbrot
 empfiehlt die Bäcker [1349]
 W. Thiele, Zwingstraße 2.

Königstraße 18.
 Hinterhaus, freundl. Wohnung, 6 Piecen für
 240 M. 1. Juli vor dem. Rät, das, im Kontor

